

Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus

Antrag vom 30. November 2020

CVP-EVP-Fraktion (Sprecher: Widmer-Mosnang)

*Aufträge:*¹

Die Regierung wird eingeladen:

Ziff. 4 (neu):

zu prüfen, welche Rechtsgrundlagen zu schaffen sind, damit öffentliche Organe und Institutionen, welche die Kenntnis von möglichen sicherheitsrelevanten Gefährdungssituationen haben, dies trotz Amts- oder Berufsgeheimnis der Polizei melden können.

Begründung:

Die Anschläge in Morges und Lugano haben aufgezeigt, dass ein Handlungsbedarf besteht. In unserer Gesellschaft ist es scheinbar möglich, dass Personen mit extremistischem Gedankengut unbemerkt oder auch teilweise in Kenntnis von Amtsstellen und Behörden sich organisieren können und so zu einem Sicherheitsrisiko werden. Es besteht Handlungsbedarf. Der Kanton muss in seinem Zuständigkeitsbereich die entsprechenden Massnahmen und allenfalls die gesetzlichen Regelungen schaffen.

¹ Auftrag nach Art. 95 des Geschäftsreglements des Kantonsrates, sGS 131.11.